# Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,50 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich J. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
**Märkischen Zeitung.**

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 92 | Donnerstag, den 21. April 1921 | 49. Jahrgang


## Reichstag.

(Sitzung vom 20. April.)

Präsident Löbe gedenkt nach Eröffnung der Sitzung der Abstimmung in Oberschlesien. Das Schicksal der deutschen Bevölkerung ist noch nicht entschieden. Mit 479 000 gegen 471 000 Stimmen, mit der Mehrheit seiner Bewohner, mit der Einstimmigkeit seiner Städte hat Oberschlesien für Deutschland gestimmt. Wäre die gleiche Zahl für Polen gefallen, so hätte die Entente keinen Augenblick in ihrer Entscheidung gewartet. Dieselbe Gerechtigkeit verlangen wir für uns. In einer so unheilschwangeren Zeit dürfen wir nicht neue Krisenherde schaffen. Oberschlesien hat in seiner Mehrheit für Deutschland entschieden. Ein Glückwunschtelegramm des Bundes der Deutschen in Oesterreich anläßlich der Abstimmung in Oberschlesien. Präsident Löbe teilt ferner mit, daß ein Mandat des Abg. Levy (Komm.) vorliegt, in dem es heißt: Ich habe ein Blankoformular unterschrieben, wonach ich mein Mandat niederlege. Ich widerrufe hiermit diese Erklärung. (Heiteres Hört! Hört!) Präsident Löbe: Sollte diese Erklärung noch eingehen, so gilt sie im voraus als zurückgezogen. (Große allgemeine Heiterkeit.) — Auf der Tagesordnung steht eine Interpellation der Unabhängigen über die außenpolitische Lage. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß der Außenminister sobald als möglich die Interpellation beantworten werde. Präsident Löbe stellt fest, daß die mündliche Interpellation auch von den Deutschnationalen unterschrieben worden ist. Das ganze Haus hat ein Interesse daran, möglichst bald die auswärtige Lage zu erörtern.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Festsetzung eines Grenzabschnittes des Saargebietes. — Abg. Korell (Z.): Die Forderungen der Entente widersprechen den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages. Die Saarindustrie ist von Deutschland durch den Friedensvertrag abgeschnitten, die französische Industrie schließt sich aus Konkurrenzfurcht ebenfalls gegen das Saargebiet ab. Damit steht das Saargebiet vor dem größten Ruin. Man will den deutschen Beamten wie den deutschen Arbeitern verdrängen und durch französische ersetzen. Mag doch das Rheinland sich hieran ein Beispiel nehmen. — Nach weiteren Erklärungen in gleichem Sinne wird der Entwurf dem Ausschusse für die Ausführung des Friedensvertrages überwiesen.

Ein Antrag Hoffmann (Komm.) auf Entlassung des in München verhafteten Abg. Wendelin Thomas, der inzwischen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten dem Ausschuß überwiesen. — Es folgt der Antrag Aberhalden auf

**Aufhebung der Ausnahmebestimmungen**

in Großhamburg und Provinz Sachsen, in Düsseldorf, Arnsberg und Münster, sowie die Beseitigung der außerordentlichen Gerichte. Verbunden wird damit ein Antrag Müllerfranken auf Abänderung der Sondergerichte. — Abg. Ostenfeld (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag und die Notwendigkeit der Aufhebung, weil die Voraussetzungen jetzt nicht mehr zuträfen. Die Ausnahmegerichte seien zusehends ein gröbster Verfassungsbruch. Wenn gesagt wurde, diese Gerichte lägen wegen Beschleunigung des Verfahrens im Interesse der Angeklagten, so sei das Unsinn. Die Rechtsprechung richte sich eben nur gegen die Arbeiter. Hierhin gehöre auch das Urteil in der Siegesallee-Angelegenheit. Die Ausnahmebestimmungen könnten den reaktionären Geist der Arbeiterschaft nicht erschlagen, da sie trotzdem schon der Luxus bei der Bourgeoisie und das Elend und die Arbeitslosigkeit auf Seiten der Arbeiter. — Justizminister Heinze: Was Abg. Rosenfeld vorgebracht hat, sind Uebertreibungen und Entstellungen. Die Berliner Kommunistenzentrale hat offiziell die Aufnahme des Kampfes angeordnet. Die Arbeiter haben zuerst geschossen, dann die Sipo, das steht dokumentarisch fest. Redner verliest eine kurze Zusammenstellung aus den amtlichen Berichten, auf Grund deren die Verordnungen erfolgt seien, stellt die Mißhandlungen der gefallenen Sipoleute, die ein Schlaglicht auf das ganze Milieu werfen. Es handele sich hier um Ausnahmefälle, die auch im Ausnahmeverfahren gestraft werden müßten. Die Dutzende von Hochverratsprozessen hätten auf gewöhnlichem Wege nicht so rasch erledigt werden können. Die Verordnung widerspricht im übrigen der Verfassung nicht und muß ich vor einer Aenderung der Verordnungen entschieden warnen. Es handelt sich ja hier um frische Fälle, wo noch alle Zeugen vorhanden sind, da ist ja auch eine rasche Beweisführung möglich. Hat das gesamte Volk erst die Ueberzeugung, daß wieder Gerechtigkeit herrscht, daß der Verbrecher seiner Strafe nicht entgeht, dann wird die Gesundung des Volkes um so schneller erfolgen.

Das Haus bricht die Weiterberatung ab und erledigt eine Reihe von Ausschußberichten.

## Preußischer Landtag.

(Sitzung vom 20. April.)

Der gemeinsame Entwurf aller Parteien über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen wird an einen besonderen Verfassungsausschuß von 29 Mitgliedern überwiesen.

Abg. Lawin (D. Vp.) begründet hierauf Anträge seiner Fraktion, die die Regierung ersucht, die Restkreise von Westpreußen, Elbing, Marienburg, Marienwerder, Sachm und Rosenberg baldigst dem Kommunalverband Ostpreußen zuzuteilen, den jetzigen Teil des ehemaligen Regierungsbezirkes Marienwerder aber als Regierungsbezirk unter dem Namen Westpreußen bestehen zu lassen. — Ein Regierungsvertreter erklärt sich mit der Tendenz der Anträge einverstanden, hält sie aber in der vorliegenden Form nicht für durchführbar. Die Regelung müsse einheitlich erfolgen und bedürfe einer eingehenden Vorbereitung. — Abg. Stamer (Soz.) beantragt ihre Ueberweisung an den Verfassungsausschuß. Das Haus beschließt so.

Ein vom Abg. Witt (D. Vp.) begründeter Antrag auf beschleunigten Ausbau des Hindenburger Hafens wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

**Getreide- und Milchzwangswirtschaft.**

Zur Beratung kommt hierauf der Antrag Schlange-Schöningen (D.-Natl.) auf Aufhebung der Zwangswirtschaft des gesamten Getreides. In Verbindung damit stehen zwei weitere deutsch-nationale Anträge auf Aufhebung der Verordnung über Schrotmühlen und auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch, Butter, Fett und Zucker. — Abg. Schlange (D.-natl.) erhebt bei der Begründung seines Antrages gegen die Regierung den Vorwurf, sie erhalte nur aus Angst vor der Straße die Zwangswirtschaft aufrecht. (Unruhe bei den Soz.) Der neue Entwurf über die Getreideumlage müßte unbedingt zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen. Sollte die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden, so müßte die Regierung wenigstens umgehend die beschlossene Form der Getreidebewirtschaftung für das neue Erntejahr endgültig bekanntgeben, um die Landwirtschaft von der produktionslähmenden Ungewißheit zu befreien. — Die Abg. Logemann und Dr. Kaufhold (D.-natl.) begründen den weiteren deutschnationalen Antrag. Dr. Kaufhold betont, daß der in Bremen auf der Konferenz der Ernährungsminister beschlossene Plan absolut undurchführbar und unannehmbar sei. — In der Aussprache erklärt Abg. Wittig (Soz.): Die Anträge seien nur darauf berechnet, eine agitatorische Wirkung auszulösen. Diese Agitation habe schon vorher die Landwirtschaft zur Pflichtverweigerung aufgehetzt und die große Masse der Konsumenten werde den Kampf aufnehmen gegen die agrarische Profitsucht. Die Sozialdemokraten lehnen diesen Antrag ab.

Präsident Leinert unterbricht hierauf die Weiterberatung durch die Verlesung des Schreibens, in dem Ministerpräsident Stegerwald erklärt, ihm sei zur Kenntnis gekommen, daß ein Teil der bei seiner Wahl auf ihn gefallenen Stimmen unter irrigen Voraussetzungen abgegeben worden sei. Um keinen Vorwürfen ausgesetzt zu sein, halte er deshalb eine Neuwahl für notwendig und ziehe seine Annahmeerklärung zur ersten Wahl zurück.

Nächste Sitzung Donnerstag. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Neuwahl des Ministerpräsidenten.

### Stegerwalds vorübergehender Rücktritt.

Ministerpräsident Stegerwald richtete an den Landtagspräsidenten folgendes Schreiben:

„Im Laufe der Verhandlungen über die Bildung des Staatsministeriums ist mir zur Kenntnis gekommen, daß ein Teil der bei der Wahl zum Ministerpräsidenten auf mich entfallenen Stimmen unter irriger Auffassung abgegeben worden ist. Da ich nicht gesonnen bin, aus diesem Anlaß wegen vermeintlichen Mißbrauches des in mich gesetzten Vertrauens Angriffe gegen meine persönliche Ehre auf mich zu ziehen, halte ich eine erneute Wahl des Ministerpräsidenten für notwendig. Meine am 9. April ds. Js. gegebene Annahmeerklärung nehme ich daher hiermit zurück."

Nach der heute zweifellos erfolgenden Wiederwahl Stegerwalds wird dieser das Kabinett in bereits mitgeteilter Weise zusammenstellen. Nur wird statt des Oberbürgermeisters Dominicus der Abgeordnete u. Reichsminister a. D. Dr. Schiffer das Ministerium des Innern und das Finanzministerium der Präsident des Landesfinanzamtes Kassel Saemich übernehmen.

## Die geplante Aussaugung des Ruhrgebietes.

(TU) Nach der „Daily Mail" basiert die von den Alliierten vorgesehene Abgabe im Ruhrgebiet auf einer Jahresproduktion von 90 Millionen Tonnen Steinkohlen und 25 Millionen Tonnen Braunkohlen. Man erwarte einen Ertrag von 150 Millionen Pfund Sterling, das sind 8½ Milliarden französische Franks pro Jahr.

Ueber die Stimmung in England wird dem „Temps" von seinem Londoner Mitarbeiter ein Bericht übersandt, in dem es heißt: Nicht die Berechtigung der Sanktionen wird angezweifelt, sondern ihre Wirksamkeit. England hat andere Maßnahmen bereit, die von einschneidender Schärfe sein werden. Wenn die Reparationskommission 30 bis 50% der Aktien der großen deutschen Truste erhielte, dann könnten die Verbündeten auf die Unternehmer einen katastrophalen Einfluß ausüben.

### Die Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand.

(TU) Es ist jetzt bestimmt, daß die Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand, die ausdrücklich als intime Begegnung, nicht als Konferenz bezeichnet werden, am Sonntag in Hythe auf Sir Philipp Sassoons Landhaus stattfinden. Briand wird am Sonnabend abend 6 Uhr in Dover eintreffen und am Montag früh 6 Uhr zurückreisen. Er wird vom Ministerialdirektor Berthelot, von Foch und einigen anderen Persönlichkeiten begleitet sein. Lloyd George wird den Außenminister Lord Curzon, Marschall Wilson und vielleicht auch den Finanzminister Chamberlain zur Beratung mitbringen. Ueber die Stellungnahme Englands zu den Besetzungsplänen teilt „Daily Chronicle" mit: In offiziellen Kreisen in London wird die Stimmung gegenüber Deutschland immer härter. Wir stehen einer Regierung und einem Volke gegenüber, das im großen und ganzen von dem Deutschland von 1919 sehr wenig verschieden ist. Obwohl Großbritannien an der geplanten Okkupation des Ruhrgebietes durch die Franzosen nicht teilnehmen wird, darf als feststehend angenommen werden, daß zwischen Paris und uns volle Harmonie besteht. Der hauptsächlichste Grund, aus dem keine britischen Truppen teilnehmen, ist der, daß wir keine zur Verfügung haben.

„Daily Telegraph" sagt, daß Vertreter Italiens, Belgiens und Japans zur Konferenz von Lympne nicht eingeladen werden, da es sich nur um Vorbesprechungen der beiden ersten Minister handelt und die Entscheidung natürlich noch nicht gefällt wird.

### Beratung der französischen militärischen und Finanzsachverständigen.

(TU) Gestern versammelten sich neuerdings die französischen militärischen und Finanzsachverständigen im Hauptquartier des Marschalls Foch. Heute und Freitag werden neue Beratungen stattfinden und endgültige Beschlüsse gefaßt werden. Die nächste alliierte Konferenz dürfte wahrscheinlich in Paris stattfinden. An irgend welche Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands denkt in Paris niemand mehr.

Die „Neue Zeitung" erfährt aus Genf, die französische Regierung habe durch Zeitungsrufe die Reserveoffiziere der Jahrgänge 1913 bis 1916, die sich in der Schweiz und in Spanien aufhalten, unter die Fahnen berufen. Im Falle, daß die Einberufung der beiden Jahrgänge 1918 und 1919 beim Publikum auf allzu großen Widerstand stoßen sollte, hat man in Paris das Aufgebot von Freiwilligen ins Auge gefaßt. Die Armeekommission der Kammer soll sich ganz besonders günstig über diese Lösung ausgesprochen haben. Da die gegenwärtige Okkupationsarmee von 100 000 auf 200 000 Mann gebracht werden soll, ist es immerhin zweifelhaft, daß von heute auf morgen 100 000 Freiwillige zu den Fahnen stürmen, auch dann, wenn eine baldige Entlassung in drei Monaten in Aussicht gestellt wird.

### Die neuen deutschen Vorschläge.

(TU) Aus Washington berichten die „Times", daß die deutsche Regierung den Vereinigten Staaten tatsächlich informatorische Mitteilungen von den Vorschlägen gemacht hat, die den alliierten Regierungen vor dem 1. Mai überreicht werden sollen. Der Vorschlag enthält folgende Punkte: Ein unparteiischer Ausschuß soll Deutschlands Hilfsquellen untersuchen. Deutschland übernimmt den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs und stellt Arbeiter und Material und eine gewisse Summe Goldes zur Verfügung, deren Höhe von den übrigen zu übernehmenden Verpflichtungen abhängig gemacht werden soll. Deutschland übernimmt einen Teil der Schulden der Alliierten in den Vereinigten Staaten. Ein internationaler Kredit in bar soll Deutschland gewährt werden.

Die Pariser Blätter veröffentlichen eine offiziöse deutsche Mitteilung aus Köln über die neuen deutschen Angebote. Der offizielle Text soll heute oder morgen den Lesern mitgeteilt werden. Die Blätter erklären, daß das Angebot keine neuen Garantien biete und fordern die Regierung auf, die Politik der Sanktionen energisch fortzusetzen. Die Goldschatzfrage wird dahin ausgelegt, daß Deutschland die Alliierten betrügen wolle. Der „Temps" behauptet, daß Deutschland im geheimen schon Gold ins Ausland geliefert habe.

In einer Meldung aus Köln, deren Ursprung nicht ersichtlich ist, berichtet der Temps über die deutschen Gegenvorschläge. Deutschland wolle während zehn Jahren eine Summe von drei Milliarden Goldmark zahlen u. eine abänderungsfähige Annuität vorschlagen, die ein Fünftel des Verkaufswertes der von Deutschland nach den alliierten Ländern exportierten Waren gleichkomme. Deutschland wird zur Mobilisation eines Teiles der Jahreszahlung eine internationale Anleihe im Betrage von zehn Milliarden vorschlagen, garantiert durch die Uebernahme der Eisenbahnen und durch eine 25prozentige Beteiligung an industriellen Unternehmungen. Der Temps erklärt, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung diese Vorschläge machen will, sei es klar, daß die Alliierten sich damit nicht begnügen könnten. Mit zehn Jahreszahlungen zu drei Milliarden Mark und mit einer Steuer, die allem von den Käufern der alliierten Ländern gezahlt würden, könnte die Summe nicht beglichen werden, die der Vertrag Deutschland zur Last gelegt hat. Deutschland erfülle diplomatisch den Vertrag nicht, denn es sagt beispielsweise nicht, was aus den 12 Milliarden werden soll, die am 1. Mai fällig seien.

### Der erste Tag der neuen Zollsperre

hat bereits zahlreiche Stockungen im Personen- und Güterverkehr gezeitigt. Nach Nachrichten aus Frankfurt am Main und Koblenz funktioniert der neue Zolldienst wegen Mangel an Personal und systematischen Vorbereitungen nur sehr unvollkommen. Die französischen Zollbeamten mußten sich auf eine oberflächliche Kontrolle der Personen- und Güterzüge beschränken. Aus Düsseldorf wird eine völlige Stillegung des Güterverkehrs gemeldet. In den Abfertigungsstellen in Düsseldorf lagern riesige Mengen von Stückgütern, da die geringe Anzahl der Zollbeamten unzulänglich ist. Auf der Bahnstation Bietorf bei Köln-Kalk stauen sich die Güterzüge. Die französischen Aufsichtsbeamten haben sich genötigt gesehen, infolge des allgemeinen Wirrwarrs einen Teil der Wagen unverzollt weiterfahren zu lassen.

Wie die Eisenbahndirektion in Köln der Köln. Ztg. mitteilt, besteht ein Unterschied zwischen der belgischen und der englischen Zone. In der ersteren setzte die Kontrolle des Güter- und Postverkehrs tatsächlich ein. In der englischen Zone sollte die Kontrolle gestern beginnen, da aber die zur Ueberwachung des Postverkehrs englischerseits nötigen Organe noch nicht vorbereitet sind, wird damit gerechnet, daß in dieser Zone die Zollgrenze zunächst überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Wie die Handhabung in der Gegend von Koblenz und weiter südlich vor sich geht, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Der Personenverkehr ist sowohl in der englischen, wie auch in der belgischen Zone ungehindert. Wie die Köln. Ztg. weiter erfährt, verließen kurz vor 12 Uhr die letzten Güterwagen mit unverzollten Waren die Zollbahnhöfe in Ehrenfeld, Kalk und Gereesheim. Der Köln-Hamburger Nachtschnellzug war bei seiner Ankunft im Bahnhof Derendorf, wo er bisher nicht zu halten pflegte, der erste Zug auf Düsseldorfer Gebiet, der der neuen Zollbehandlung unterlag. Der Gepäckwagen war fast leer. Von den wenigen Fahrgästen, die aus dem Schlafwagen geholt wurden, wiesen sich die meisten als Reisende nach Dänemark aus, deren Gepäck als Auslandsgut zollfrei bleibt. Heute morgen glich der Bahnhof Derendorf schon einem Warenlager. Auf dem Bahnsteig lagen allerlei Waren aus Güter- und Personenwagen. Die deutschen Zollbeamten geben sich Mühe, den Verkehr schnell und glatt abzuwickeln, aber was vormittags beobachtet werden konnte, läßt berechtigte Zweifel zu, ob ein regelmäßiger Verkehr auf die Dauer möglich ist. In sachverständigen Kreisen glaubt man, daß Bahnhöfe, wie der in Derendorf, sehr bald vollständig verstopft sein werden. Auch die Spediteure sind derselben Ansicht und richten sich darauf ein, Sendungen nur nach kleinen Entfernungen zu übernehmen, weil in den voraussichtlich bald verstopften Güterbahnhöfen die Erledigung ihrer Aufträge unmöglich sein wird.

Neue Mitteilungen, die den Berliner amtlichen Stellen aus Mainz zugegangen sind, ist dort ein französischer Oberzollinspektor eingetroffen, der den deutschen Zollbeamten verboten hat, sich, abgesehen von ihren dienstlichen Gängen, überhaupt in der Oeffentlichkeit sehen zu lassen.

### Die französische Presse über die deutschen Vorschläge.

Die Pariser Presse ist voll von Mitteilungen über die Vorschläge, welche Deutschland den Alliierten erstatten wird. Aber so unsicher auch die Nachrichten sind, die französische Presse ist sich darüber einig, daß alle Angebote abgelehnt werden müssen. Wenn Deutschland 10 Jahresraten von 3 Milliarden anbiete und dazu noch eine Abgabe auf die Einkäufe der alliierten Länder einführen wollte, so erklärt der Temps, daß damit ein „lächerlicher Teil" der Summe bezahlt wäre, die der Friedensvertrag von Versailles Deutschland auferlege. Deutschland verkenne übrigens systematisch den Friedensvertrag. Man müsse fragen, was aus den 12 Milliarden Goldmark werden solle, die am 1. Mai fällig sind. Das Kabinett Fehrenbach-Simon halte sich nur mühsam an der Macht, weil es zwischen den Unentwegten, welche jede Zahlung an die Alliierten ablehnen wollten, und zwischen den Opportunisten stehe, die mit den Alliierten Besprechungen einleiten wollten, um Zeit zu gewinnen. Alles dies biete keinerlei Garantie und lasse auf keine Zahlung hoffen. Die Zeit für derartige leere Unterredungen sei vorüber.

### Der amerik.-japan. Schriftwechsel

über die Yap-Frage wurde veröffentlicht. Die Note von Hughes vom 5. April, in der es darlegt, daß die Vereinigten Staaten als einer der Sieger über Deutschland keineswegs ihre Rechte verloren hätten, war die Antwort auf die japanische Note vom 26. Februar, in der Japan behauptet, die bloße Feststellung der Tatsache, daß Wilson bezüglich Yap Vorbehalte gemacht habe, genüge nicht. Es müsse vielmehr bewiesen werden, daß der Oberste Rat zugunsten dieser Ansicht entschied. Wenn der Oberste Rat wirklich gegen Japan in der Versammlung am 7. Mai, in der Japan nicht vertreten war, entschied, so sei dies ein völlig unehrliches Vorgehen. In der Antwort stellte Hughes fest, daß die Vereinigten Staaten durch Entscheidungen des Obersten Rates nicht gebunden seien. Außerdem hätten die Vereinigten Staaten niemals einem Mandat über Yap zugestimmt.

# Westfalen und Rheinland.

**Kamen, 21. April. (Verschiedenes.)** Zur **Bekämpfung der Schädlinge und Krankheiten im Obstbau** sind von dem Obstbauinspektor Hagemann in Herford Tafeln mit dem Lebenskreislauf der Schädlinge herausgegeben worden. Durch diese Tafeln erhalten Interessenten Aufklärung über die Schädlinge und deren Bekämpfung. Für die obstbauliche Praxis ist diese Aufklärung von großem Werte. Die Tafeln sind von dem Herausgeber zu beziehen.

**(Städt. Volkshochschule.)** Die Vorlesungen im neuen Tertial beginnen am nächsten Montag, den 25. d. Mts., abends pünktlich 8¼ Uhr, in der Aula des Gymnasiums. Herr Kreutzfeldt-Hamm wird seine Vorträge über Kunst fortsetzen. Im ersten Vortrag werden wir deutsche Maler des Barock, Rokoko und Klassizismus kennen lernen. Später kommen die Meister der Romantik (Overbeck, Veit, Cornelius und Schnorr v. Carolsfeld), dann Schwind und Spitzweg zur Behandlung. Weitere Themen werden an dieser Stelle rechtzeitig mitgeteilt. Wie früher, so werden auch jetzt sämtliche Vorträge durch zahlreiche Lichtbilder erläutert. Die Hörergebühr für die ganze Vortragsreihe ist auf 10 Mark festgesetzt. Karten für den Einzelvortrag kosten für Erwachsene 2 Mark, für Schüler 1 Mark. Listen zum Einzeichnen liegen in der Buchhandlung der Kamener Zeitung und beim Geschäftsführer Rüberg, Klosterstraße 10, auf; außerdem werden Anmeldungen auch stets ¼ Stunde vor Beginn der Vorlesung entgegengenommen. Außer dieser Vortragsweise sind noch einzelne Sondervorträge geplant. So wird wahrscheinlich gegen Ende dieses Monats der Physiker und Chemiker Dr. Stadthagen aus Berlin-Charlottenburg einen großen Experimentalvortrag über „Wunder im Weltenraume" halten. Näheres hierüber wird durch Plakate und durch die Zeitung bekanntgegeben.

**(Siedlungs-Erweiterung.)** In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Magistratsvorlage, die den Bau von 20 weiteren Siedlungshäusern (Wohnungen) vorsah und die einen städtischen Zuschuß von 300 000 Mark erforderten, abgelehnt. Wie wir erfahren, ist die Finanzierung dieser 20 Wohnungen jetzt durch das Entgegenkommen eines hiesigen Industrie-Unternehmens durchgesetzt, so daß zu erwarten steht, daß die Stadtverordneten sich dieser Neugestaltung des Finanzplanes nicht verschließen werden und eine Erweiterung der Kamener Siedlung um 20 Wohnungen zu erwarten steht. Außerdem läßt die Treuhandstelle Essen bekanntlich 24 Wohnhäuser dort errichten. Mit den Ausschachtungsarbeiten für diese letzteren wird in den nächsten Tagen schon begonnen werden.

Die [illegible] der Gefangenen sind seit dem 1. April ebenfalls erhöht, wenigstens soweit sie von der Justizverwaltung und von Strafanstaltsbeamten entrichtet werden. Bei Arbeiten für die Justizverwaltung werden 5 bis 8 Mark für den Tag erhoben, bei Arbeiten, die eine handwerksmäßige oder eine technische Vorbildung voraussetzen oder besondere körperliche Anstrengung erfordern. Sonst werden für Arbeiten, die von jedem voll arbeitsfähigen männlichen oder von den weiblichen Gefangenen geleistet werden können, 4 Mark gerechnet, für untergeordnete Arbeiten geringere Sätze. Bei Arbeiten für Strafanstaltsbeamte ist für die Anfertigung von Schneider- und Schuhmacherarbeiten, kleinere Ausbesserungen der Haus- und Gartengeräte sowie Dienstwohnungen ein Tagelohn von 3 Mark zu entrichten, für Arbeiten in Dienstgärten oder Anstaltspachtländereien, Holzspalten und Abtragen von Feuerungsstoffen 2 Mark. Für Materialien und Zutaten werden die Unkosten berechnet, aber nichts für die Abnutzung der Arbeitsgeräte.

## Der Ueberfall auf den Polizei-Inspektor Warschkuli

am 1. April d. Js. in Kamen beschäftigte gestern nachmittag das außerordentliche Gericht in Dortmund. Der Angeklagte, Arbeiter Paul Elsner aus Kamen, hatte sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Er ist mehrfach wegen der gleichen Delikte vorbestraft. Diese Straftaten liegen aber längere Jahre zurück. Dem E. wird ein gutes Leumundszeugnis ausgestellt, wenn er nüchtern ist. Elsner gibt an, daß er sich am 1. April Abschlag auf der Zeche „Kaiserstuhl" holte und dann getrunken und wieder getrunken habe, sodaß er stark angetrunken gewesen sei. In einer Wirtschaft in Kamen habe man ihm vorgehalten, daß er kommunistische Geheimschriften im Besitz hätte und darüber habe er sich sehr geärgert, weil er keiner Partei angehöre. Er sei zur Polizei-Wache gegangen und habe die Polizeibeamten aufgefordert, bei ihm eine Haussuchung auf kommunistische Schriften hin vorzunehmen. Es wurde ihm von dem Polizeibeamten Wiemer gesagt, daß er keine Befugnis dazu habe. Gegen 11 Uhr sei er dem Polizei-Inspektor begegnet und habe diesen gleichfalls um eine Haussuchung gebeten. Zur Antwort habe er erhalten: „Halten Sie die Schnauze", worauf er in gleichem Tone erwidert und dem fortgehenden Inspektor nachgerufen habe. Dieser sei zurückgekommen und habe mit einem Stock auf ihn eingeschlagen. Auf die Frage des Richters, woher Elsner das Messer habe, antwortet der Angeklagte, daß er nie ein Messer in der Tasche habe und auch an diesem Tage ein solches nicht besaß. Er wisse nicht, woher der Inspektor die Messerstiche habe. Als der Inspektor Hülfe erhielt, sei er fortgelaufen und habe sich zu Bett gelegt. Die Polizei habe die Fenster aufgebrochen und ihn verhaftet. Der als Zeuge geladene Polizei-Inspektor Warschkull gab eine Schilderung des Vorfalles. Er habe den E., der von ihm eine Haussuchung verlangte, zur Ruhe aufgefordert, worauf dieser ihn in der unflätigsten Weise beschimpfte, nachdem er schon einige Schritte weitergegangen sei. Als er (W.) zurückkam, habe E. blitzschnell ein Messer gezogen und auf die Brust gezielt. Es sei ganz ausgeschlossen, daß er den E. mit dem Stock geschlagen habe. Es sei zum Ringen gekommen und zum Sturz, wobei E. wieder mit dem Messer ausholte. Der Angeklagte sei nicht sinnlos betrunken und stark bei Kräften gewesen. Ueber das Vorleben des Angeklagten kann der Zeuge keine Aussagen machen. Der Zeuge Wiemer war als Polizei-Wachtmeister auf der Wache, als Elsner kam und im Verlaufe des Gesprächs gesagt habe, es passiere noch etwas, wenn die Haussuchung nicht vorgenommen würde. Die Verhaftung des E. sei mit Schwierigkeiten verbunden gewesen; er habe Widerstand geleistet. Der Angeklagte kann sich der Begebnisse nicht erinnern und der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß er nur Gutes wisse und sich der bösen Taten nie entsinnen könne. Der von Elsner als Entlastungszeuge geladene Handlungsgehilfe Nentwig sollte bezeugen, daß der Inspektor zuerst mit dem Stock geschlagen habe. Der Zeuge kann darüber nichts sagen, da er nicht bei dem Vorfall zugegen gewesen sei. Elsner habe auf der Straße gerufen, daß er allen den Hals abschneiden wolle. Der Staatsanwalt beantragte wegen gefährlicher Körperverletzung 10 Monate, wegen Widerstandes 3 Monate Gefängnis, zusammen 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht hielt die beantragte Strafe für angemessen; das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis. Lediglich mit Rücksicht darauf, daß E. sich seit 1907 gut geführt habe, sei von einer höheren Strafe abgesehen worden. Nur der Zufall habe gewollt, daß der Inspektor noch am Leben sei, sonst hätte sich E. wegen Totschlags zu verantworten. Der Vorsitzende ermahnte zum Schluß den Angeklagten, den Alkohol aus dem Leibe zu lassen, sonst stürze er sich noch in das fürchterlichste Elend. Er möge doch an seine Familie denken, die jetzt ein Jahr lang ohne Ernährer sein würde.

## Haftung der Eisenbahn für den Reisekoffer.

Am 15. August 1919 übergab der Justizrat Müller in Celle der Bahn zwei Reisekoffer zur Beförderung nach Stadthagen. Ein Koffer im Gewicht von 23 Kilogramm ist verloren gegangen. M. verlangt dafür Schadensersatz in Höhe von 4252 Mark. Das Landgericht Hannover wies die Ansprüche des Klägers in Höhe von 280 Mark ab, erklärte aber im übrigen die Ansprüche dem Grunde nach für gerechtfertigt. Die Abweisung der 280 Mark bezieht sich auf einen photographischen Apparat, den das Landgericht als „Kostbarkeit" ansieht und für dessen Beförderung die besonderen eisenbahnrechtlichen Vorschriften hätten beachtet werden müssen. Auf die Berufung des Klägers hat das Oberlandesgericht Celle seine Ansprüche im vollen Umfange anerkannt. Das Reichsgericht hat nunmehr die Entscheidung des Oberlandesgerichts mit folgenden Entscheidungsgründen gebilligt: Bei der Beurteilung der Frage, ob der photographische Apparat, für den der Kläger einen Wert von 280 Mark in Ansatz bringt, während der Beklagte einen solchen von 1000 Mark für angemessen hält und die bei der Firma H. gekauften Wäschegegenstände, welche der Beklagte für ausgesprochene Luxusware ansieht, als Kostbarkeit im Sinne der Eisenbahnverkehrsordnung in Betracht kommen, befindet sich der Berufungsrichter durchaus im Einklang mit der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts. Darnach entscheidet Gewicht und Umfang des der Bahn zur Beförderung übergebenen einheitlichen Guts, d. h. des Gepäckstückes als solchen und sein Wert für das Kilogramm, verglichen mit dem Wert, mit dem gewöhnlich die Eisenbahn bei Verlust von beförderten Gepäckstücken zu rechnen hat. Nach der Feststellung des Berufungsrichters stellt sich der Wert des verloren gegangenen Gepäckstücks auf 184,91 Mark für das Kilogramm, und wenn man für den photographischen Apparat statt 280 Mark 1000 Mark in Ansatz bringt, auf 215 Mark. Wenn bei diesen Werten das Berufungsgericht den Begriff der Kostbarkeit im verkehrstechnischen Sinne verneint hat, so ist ein Rechtsirrtum nicht ersichtlich. (Aktenzeichen: I. 251/20. — 15. 12. 20.)

*

**Oberaden, 20. April. (Viehdiebstahl.)** Von seiner Weide in Oberaden wurden dem Landwirt Karl Weismann hierselbst ein Mutterschaf und das junge Lamm gestohlen.

**Amt Unna-Kamen, 20. April. (Feuerwehr-Verbandsfest.)** In der am Sonntag, den 17. April abgehaltenen Versammlung der gesamten Freiw. Feuerwehr Massen wurde beschlossen, das diesjährige Verbandsfest des Feuerwehr-Uebungsverbandes des Amtes Unna-Kamen am 28. August in Obermassen in den Lokalitäten des Herrn Middendorf zu feiern. Nach vorheriger Delegierten-Sitzung schließt sich eine größere Uebung der Feuerwehren Massen, Afferde und Wasserkurl an. Die auswärtigen Wehren werden von 2 Uhr ab in der Wirtschaft Kligge und Case Fort empfangen, während der Zeit findet Promenaden-Konzert statt. Um 5 Uhr rücken die Wehren zum Festlokal, woselbst gleich nach Eintreffen die Delegiertensitzung stattfindet, während derselben ist in Obermassen Promenaden-Konzert. Es wurde aus beiden Löschzügen eine aus 6 Mitgliedern bestehende Kommission gewählt, welche die ganze Festangelegenheit ordnet.

**Schwerte, 20. April. (Diebstahl.)** In der Nacht zum 15. d. Mts. wurde von Gästen aus dem Kaffee S. hier ein wertvoller Ueberzieher gestohlen. Der Verdacht lenkte sich auf mehrere Gäste. Dem Polizeiwachtmeister L., Wellinghofen, ist es gelungen, den Täter in der Person des Bergmanns Fr. T. auf Zeche Glückaufsegen im Ledigenheim zu Hacheney zu ermitteln. Der Ueberzieher konnte dem Eigentümer wieder zugestellt werden.

**** Dortmund, 20. April. (Verschiedenes.)** In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde zum Zwecke der Verwaltung des Wohlfahrtsamtes die Deputation für die Verwaltung des Armenwesens und der milden Stiftungen durch ein Magistratsmitglied, den Stadtarzt und Armenvorsteher, drei auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und freiwilligen Liebestätigkeit erfahrene Persönlichkeiten verstärkt. Ein Antrag auf Hinzunahme eines Vertreters der Invaliden und Rentenempfänger wird abgelehnt. Bei Besprechung des Haushaltsplans der städtischen Krankenanstalt, der bei 18 Millionen Mark mit einem Zuschuß von 4 Millionen Mark abschließt, kam es zu einer heftigen Aussprache, die sich vornehmlich sozialdemokratischer und unabhängiger Seite gegen die Verwaltung richtet. Die gegen die Leitung und einzelne Beamte vorgebrachten schweren Klagen über selbstsüchtigen Mißbrauch ihrer Stellung wurde von der Verwaltung als erlogen bezeichnet. Es wurde von Luderwirtschaft und Riesenschweinereien gesprochen. Vom Magistrat wurde bemerkt, daß derartige Vorwürfe erst in die Deputation gehörten und dort besprochen und geprüft werden müßten. Der Haushaltsplan wurde genehmigt und die einzelnen Punkten gestellten Anträge der Finanzkommission überwiesen. Der Enteignungsantrag für Grundstücke in Brackel, der über den Bedarf für die Anlage eines Flugplatzes hinausgeht, wurde zurückgenommen. — In der Nacht vom 16. zum 17. d. Mts. wurde der Schmied Heinrich Neddin aus Unna von einer Patrouille des 12. Polizeibezirks auf dem Wambeler Hellweg mit einem Pferde angetroffen. Er konnte sich über den rechtmäßigen Besitz des Pferdes nicht ausweisen und gab schließlich nach langem Leugnen zu, daß er das Pferd einem Baumaterialienhändler in Unna gestohlen habe. H. wurde festgenommen. — Auf dem Königswall wurde ein 19jähriges Mädchen aus Kirchderne auf einer Bank liegend bewußtlos aufgefunden. Nach Feststellung des sofort zugezogenen Arztes liegt Vergiftung vor. Es wurde dem Luisenhospital zugeführt. — Die 6 Jahre alte Tochter eines Brenners stürzte in der Münsterstraße beim Hinuntergleiten auf einem Treppengeländer aus dem 4. Stockwerk ab. Sie fiel auf den unteren Hausflur, zog sich einen Genick- und Schädelbruch zu und war sofort tot. Die Unsitte, daß sich Kinder auf Treppengeländern hinabgleiten lassen, hat leider schon häufiger Opfer gefordert.

**** Bochum, 20. April. (Verhaftungen.)** Wie gemeldet wird, sind außer dem Anführer der Erkenschwicker Raubmordaffäre zehn weitere Personen verhaftet worden, die als Hehler und Begünstiger Mittäter in Frage kommen.

**r Münster, 20. April. (Verhafteter Mörder.)** Dem Wachtmeister Dwickeler gelang es, mit Hilfe seines Sohnes, den von der hiesigen Kriminalpolizei lange gesuchten Mörder Hagedorn aus hier in Osnabrück zu verhaften. Hagedorn hatte im Spt. d. Js. den Landwirt Röckentrup in Nienberge, der ihn beim Pflaumenstehlen überraschte, erschossen und war seitdem flüchtig. Auf die Ergreifung Hagedorns war eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

**** Remscheid, 19. April. (Die weltliche Schule.)** Die Stadtschuldeputation hat auf Einspruch der beiden geistlichen Mitglieder die Einrichtung von fünf weltlichen Schulen mit 36 Klassen beschlossen. Von 5000 Schulkindern sind 1800 für die weltliche Schule angemeldet worden.

**(W) Düsseldorf, 20. April. (Schulstreik.)** Für die weltliche Schule waren in Düsseldorf zu Ostern 5154 Volksschulkinder angemeldet, von diesen streiken 3898, d. i. 75 Prozent.

**(TU) Krefeld, 20. April. (Ein Unmensch.)** Am 26. März warf der Arbeiter Johann Jansen, ein dem Trunke ergebener Mensch, nach einem vorausgegangenen Streit seine Frau durch das Fenster aus dem 2. Stockwerk auf das Straßenpflaster. Die Frau erlitt einen Schädelbruch und starb kurz darauf, infolge der Verletzungen. Jansen wurde vom Krefelder Schwurgericht wegen Tötung zu einer Zuchthausstrafe von 10 Jahren verurteilt, sowie zu Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht.

---

## Deutsche Worte.

„Legt um euch alle nicht nur das einigende, goldene Band der sittlichen Menschenpflicht, sondern auch das Stahlband der gleichhohen Vaterlandspflicht! Verstärkt dieses Stahlband immer weiter, bis es zur ehernen Mauer wird, in deren Schutze ihr leben wollt und einzig und allein leben könnt inmitten der Brandung der europäischen Welt! Glaubt mir, diese Brandung wird andauern. Keine menschliche Stimme wird sie bannen, kein menschlicher Vertrag wird sie schwächen! Wehe uns, wenn die Brandung ein Stück von dieser Mauer abgebrochen findet. Es würde zum Sturmbock der europäischen Völkerwogen gegen die noch stehende deutsche Feste werden. Das hat uns unsere Geschichte leider nur zu oft gelehrt!"

Generalfeldmarschall v. Hindenburg
(„Aus meinem Leben", S. 103).

# Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

38. Fortsetzung.

Ruth saß wie erstarrt, als er sie allein gelassen. Sie fürchtete sich, daran zu denken, was ihr der Arzt gesagt hatte. Langsam vermochte sie erst zu fassen, daß sie, ehe der nächste Frühling ins Land zog, Mutter sein würde.

Wie diese Eröffnung auf sie einwirkte, erfuhr kein Mensch. Die Gewohnheit strenger Selbstbeherrschung verließ sie auch jetzt nicht.

Zunächst war sie in tiefster Seele erschrocken. — Jetzt sollte sie Mutter werden, jetzt, da sie sich von dem Vater ihres Kindes getrennt hatte. Wenn ihr Kind auf die Welt kam, hatte es keinen Vater mehr. —

Durfte denn das sein? Mußte sie Hans Rochus nicht sofort Nachricht geben?

Lockend sah sie ein leuchtendes Ziel vor sich aufsteigen. Wenn er es erfuhr — mußte er sie dann nicht zurückholen — mußten sie nicht beieinander bleiben schon des Kindes wegen? Und wenn sie ihm ein liebes kleines Kind in die Arme legte — ob er ihr dann nicht eines Tages sein Herz zuwenden würde? Band sie dieses Kind nicht mit unlöslichen Banden? Ob nicht die kleinen zarten Kinderhände eine Brücke bauen konnten, auf der sich Vater und Mutter begegneten?

Sie sprang auf und setzte sich an den Schreibtisch, um ihm zu schreiben. Aber ehe sie noch die Anrede begonnen hatte, warf sie die Feder wieder hin und barg das Gesicht in den Händen.

Nein — nein — sie durfte nicht neue Fesseln schlagen, jetzt, da er sich frei glaubte und die Arme nach dem Glück ausstreckte. Er würde die Mutter seines Kindes gewiß ohne Weigerung wieder aufnehmen — weil er es für seine Pflicht halten würde. Was aber würde ihm das Kind der ungeliebten Frau bedeuten? Eine Fessel wie sie selbst, ein lästiges Hindernis. Er würde es nicht lieben, wie er die Mutter nicht liebte, weil es sich zwischen ihn und das Glück stellte.

Nein — es durfte nicht sein. Der Brief an Hans Rochus blieb ungeschrieben, sie ahnte ja nicht, mit welchem Jubel er ihn empfangen haben würde. Das stille Glück, welches sie in der Erwartung ihres Kindes empfand, half ihr über den Schmerz hinweg, den ihr die Trennung von Hans Rochus bereitete. Aber ihre Liebe zu ihm wuchs tiefer und fester in ihr Herz hinein. War er ihr auch verloren — ihr Herz gehörte ihm — und eines Tages würde ihr das Kind den Vater ersetzen.

Fräulein Hebenstreit umgab ihre junge Herrin mit doppelter Liebe und Sorgfalt, seit sie ihr Geheimnis erfahren. Die alte treue Seele gab die Hoffnung nicht auf, daß ihre Frau Gräfin eines Tages nach Rochsberg zurückkehren werde. Ihr einfaches Gemüt wußte nichts von tiefen, seelischen Konflikten. Das junge Paar hatte sich eben nach ihrer Meinung verzankt, und wenn es ausgetrotzt hatte, dann würde schon alles wieder gut werden. Wenn der junge Herr Graf nun erst erfuhr, daß er Vater war — dann kam er sicher so schnell, wie es ging, und holte Weib und Kind heim. Länger würde das Schmollen nicht anhalten. Ruth hörte still mit wehmütigem Lächeln zu, wenn das gute alte Fräulein ihr Luftschlösser baute. Weshalb sollte sie ihre Illusionen zerstören? Die Zeit würde ihr zeigen, daß sie vergeblich auf eine Wiedervereinigung des jungen Paares gehofft hatte.

* *

Hans Rochus lebte inzwischen wie ein Einsiedler in Rochsberg. Er kam nur selten nach der Stadt, und Besucher stellten sich wenig ein, da man gehört hatte, daß Gräfin Rochsberg ihrer angegriffenen Gesundheit wegen längere Zeit verreist war.

Kamen einmal ein paar Kameraden von Hans Rochus hinaus, so konnten sie sich nicht genug wundern, wie still und in sich gekehrt der „tolle Rochsberg" jetzt war. Er mußte in großer Sorge sein um seine junge Frau. Sonderbar — man hatte doch geglaubt, daß er die Bankierstochter nur des Geldes wegen geheiratet hatte. Aber nach Rochsberg hinausreiten oder fahren, um sich zu langweilen, nein — da blieben sie lieber fort, bis wieder anderes Leben war.

Hans Rochus merkte es kaum, daß er mehr und mehr vereinsamte. Er arbeitete von früh bis spät, um zu vergessen. Und am Abend saß er in Ruths kleinem Salon und las ihre Bücher — immer wieder und immer wieder. — Er kannte sie fast auswendig. Im Anfang korrespondierte er noch mit Ruth. Es gab noch mancherlei zu ordnen. Die Briefe waren hüben und drüben höflich gehalten, sie verrieten nichts von den Gefühlen, welche die Briefschreiber beherrschten.

Aber nie erwähnte Hans Rochus etwas von Scheidung — er vermochte es nicht. Wollte sie frei sein, so sollte sie die Scheidung beantragen. Ihm war es unmöglich, das letzte Band zwischen sich und der geliebten Frau zu zerschneiden.

Nach und nach wurden die Nachrichten seltener — schließlich hörte die Korrespondenz auf. Ruth stellte sie zuerst ein. Jeder neue Brief war eine Qual für sie. Wozu immer die alte Wunde aufreißen? —

Hilde Southeim und ihre Mutter besuchten Hans Rochus zuweilen. Die Generalin konnte sich nicht genug wundern über die lange Abwesenheit der jungen Gräfin. Sie brachte Hans Rochus zum Verzweifeln mit ihren neugierigen Fragen. Es fiel ihm schwer, höflich darauf zu antworten. Hilde beobachtete ihn mit unsicheren Blicken. Ihr war gar nicht so sehr wohl bei der Angelegenheit. Sie allein ahnte etwas von einem Zerwürfnis und fühlte sich nicht sicher, ob ihre boshaften Aeußerungen nicht von entscheidendem Einfluß auf Ruth geblieben waren.

Sie hütete sich natürlich, etwas davon merken zu lassen. Jedenfalls verhielt sich Hans Rochus ihr gegenüber sehr zurückhaltend und formell, aber nicht so, als habe ihm Ruth etwas von Hildes Aeußerungen mitgeteilt. Das hatte sie ja auch im voraus gewußt, daß Ruth darüber schweigen würde.

Schließlich hatte sie doch auch in bezug auf Hans Rochus nur die Wahrheit gesagt. Daß sie über ihren eigenen Seelenzustand ein bißchen geflunkert hatte — das ging doch nur sie selber an.

Hilde war mißgelaunter denn je und ihre Mutter übertraf sie noch darin. Es wollte ihr kein neuer Verehrer zeigen. Kracht sollte, einem dit zufolge, einer jungen Dame in der Nachbarschaft eifrig den Hof machen. Er hatte jedenfalls die Neigung zu Hilde Southeim überwunden. Und das beleidigte Hilde gewaltig. Alle ihre ehemaligen Verehrer wurden ihr Herzen untreu [illegible] neue fanden sich nicht ein. Das waren keine glänzenden Aussichten für die Zukunft.

Da traf eines Tages ein Brief von Wendling ein. Hilde war nach Empfang desselben wie verwandelt. Wendling teilte ihr mit, daß sein Oheim ihm die nötigen Mittel zu einer standesgemäßen Verbindung bewilligte, und daß er einst der alleinige Erbe dieses Oheims sein würde. Ob ihn Hilde noch liebe. Er sei ihr mit letztem Atemzuge treu ergeben. Wenn sie wollte, könnten sie sich nach Ablauf des Trauerjahres um seinen Cousin verheiraten. Mit der Verlobung wollten sie warten bis einige Monate vor der Hochzeit. Diese Frist einzuhalten, sei er gezwungen aus Rücksicht auf seinen Oheim und seine Tante, die den Verlust ihres Sohnes noch nicht verschmerzt hätten, und die er durch sein eigenes Glück nicht in ihrem Schmerz verletzen wolle. Er verlange aber danach, Gewißheit zu erhalten, ob Hilde ihn noch liebe und seine Frau werden wolle.

Hilde besann sich nicht lange. Etwas Gutes, Gutes erwachte in ihr, als sie erfahren, wie treu sie von Wendling geliebt wurde. Ihr hochmütiges Selbstbewußtsein hatte sie verletzt in der letzten Zeit. War Wendling auch nicht so überaus glänzende Partie wie Krach, brauchte sie doch nun an seiner Seite nicht zu darben an allem Schönen, was das Leben bot. Und lieber als alle anderen hatte sie Wendling immer gehabt.

Sie schrieb ihm eine Zusage und sagte in dem Briefe, wie sehr sie sich nach ihm gesehnt und gebangt hätte, und daß sie ohne ihn nie glücklich geworden wäre. Wendling war des Glückes voll. Er glaubte an Hilde und kannte die Schattenseiten ihres Charakters nicht.

So entstand ein zärtlicher und sehr [illegible] Briefwechsel zwischen ihnen. Kommen wollte [illegible] nicht, bevor sie sich nicht verloben konnten. Sie hätte nur unnützes Gerede gegeben.

(Fortsetzung folgt.)

## Die deutsche Protestnote gegen die neue Zollgrenze,

welche den alliierten Regierungen überreicht wurde, betont u. a.: Das räumliche Zuständigkeitsgebiet für die Wirksamkeit der Interalliierten Rheinlandkommission überhaupt und für die von ihr erlassenen Verordnungen sei im Rheinlandabkommen fest umschrieben: Es umfaßt nur das linke Rheinufer und die Brückenköpfe Mainz, Koblenz und Köln. Es ist ein Verstoß gegen diese Bestimmungen, wenn die Rheinlandkommission ihrer Verordnung Geltung beilegen will für die neubesetzten rechtsrheinischen Städte und dem zwischen den Brückenköpfen Mainz und Koblenz liegenden sogenannten Flaschenhals. Artikel 270 des Vertrags von Versailles gestattet den alliierten und assoziierten Mächten die Einführung eines eigenen Zollregimes für die besetzten Gebiete nur unter der Voraussetzung, daß eine solche Maßnahme erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren. Der Ministerpräsident der französischen Republik hat am 4. Februar d. J. in der Deputiertenkammer ausdrücklich anerkannt, daß es sich hier um ein über die Bestimmungen des Vertrags von Versailles hinausgehendes Vorgehen handle. Wie wenig in der Tat das besondere Zollregime den wirtschaftlichen Interessen der besetzten Gebiete gerecht wird, zeigen sowohl die zahllosen Proteste aller wirtschaftlichen Vereinigungen dieser Gebiete wie insbesondere auch eine Entschließung des Rheinischen Provinziallandtages. Die Note wendet sich ferner gegen die Requirierung der Dienstleistungen deutscher Zollbeamter für die Zwecke der Durchführung des Zollregimes und schließt: Im übrigen widerspricht es, ganz abgesehen von der Rechtslage, allen Grundsätzen der Moral, daß Staatsbeamte gezwungen werden sollen, bei der Durchführung von Maßnahmen mitzuwirken, die ausgesprochenermaßen als Repressalie gegen dasjenige Land eingeführt werden, dem sie angehören und dem sie durch ihren Beamteneid zu besonderer Treue verbunden sind. Die Rheinlandkommission ist durch das Abkommen über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete als das oberste Organ der an der Besetzung beteiligten Mächte für die vertragsmäßige Durchführung dieser Besetzung bestellt worden. Die deutsche Regierung muß daher die Regierungen der Besetzungsmächte verantwortlich machen für die von ihrem Vollzugsorgan vollführten Vertragsverletzungen und legt gegen die vorstehend gekennzeichneten Maßnahmen der Rheinlandkommission feierlich Verwahrung ein.

## Zur Aushändigung des Goldbestandes.

Zu dem Verlangen der Alliierten nach Auslieferung der deutschen Goldbestände bemerkt der Temps, daß Deutschland gegenwärtig offenbar damit beschäftigt sei, sein Gold ins Ausland zu schaffen. Der Friedensvertrag verbietet diese Ausfuhr bis zum 1. Mai 1921 nicht. Entweder sei Deutschland eben im Begriffe, diese Sicherstellung auf die Seite zu schaffen, oder Deutschland habe dies bereits getan. Das berechtige zu dem Schluß, daß Frankreich Pfänder brauche, da man sonst von Deutschland nichts als Papiersetzen erlangen werde.

Zu der Forderung der Reparationskommission auf Ueberführung des Goldbestandes der Reichsbank in das besetzte Gebiet bezw. Aushändigung des Goldbestandes betonen die Blätter erneut, daß die Reichsbank ein reines Privatunternehmen, der Goldbestand daher Privateigentum sei. Die Wegnahme des Goldes würde daher gegen den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums verstoßen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung erinnert daran, daß der französische Befehlshaber bei der Besetzung von Mülhausen im Jahre 1914 den privaten Charakter der Reichsbank anerkannte und die Bestände der dortigen Reichsbanknebenstelle unangetastet ließ. In einer Unterredung mit einem Vertreter des B. T. bezeichnete Reichsbankpräsident Havenstein die Erfüllung der Forderung nach Auslieferung des Goldbestandes als eine völlige Unmöglichkeit. Sie würde die Vernichtung unserer Valuta und unserer Wirtschaft zur Folge haben. Auch das Kabinett gegenüber würde er sich in schärfster Weise ablehnend aussprechen. Unmögliches sei eben unmöglich.

## Amerika lehnt ab.

(TU) Nach dem „Journal des Debats" hat Dr. Simons nach Washington ein Telegramm gesandt, in dem gesagt wird, daß Deutschland für die Schulden der Alliierten an Amerika aufkommen wolle. Diese Hartnäckigkeit, schreibt das Blatt, die Schulden anderer an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, aber die eigenen unbezahlt zu lassen, charakterisiert die deutsche Handlungsweise.

(TU) Der britischen Regierung wurde nichtamtlich mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung den Vorschlag Deutschlands, daß es die Schulden der Alliierten an Amerika übernehmen wolle, nicht in Betracht ziehen werde.

Die „Neuyork Times" will aus guter Quelle erfahren haben, daß Amerika nur dann eine Vermittlung zwischen Deutschland und den Alliierten übernehmen werde, wenn dies von den Alliierten gewünscht wird. — Der Londoner „Observer" meldet aus Washington, die amerikanische Regierung werde Deutschland „moralisch" unterstützen. Die Regierung vermutet, daß Deutschland die gegenwärtige gespannte Lage durch ein neues, annehmbares Angebot zu retten suchen werde.

## Meinungsaustausch zwischen Lloyd George und Briand.

(TU) Amtlich wird gemeldet, daß demnächst ein Meinungsaustausch zwischen Lloyd George und Briand stattfinden wird, um die interalliierte Konferenz vorzubereiten, auf der gemeinsam mit Italien und Belgien die Haltung der Alliierten Deutschland gegenüber bestimmt werden wird. Die erste Besprechung soll schon am 23. April in der Villa Lymyne bei Hythe (Dover) stattfinden.

## Große Kundgebungen für die Heerführer.

(TU) Gestern nachmittag wurden von den zur Teilnahme an der Beisetzungsfeier der früheren Kaiserin herbeigeeilten Trauergästen große patriotische Kundgebungen vor den Wohnungen der in Potsdam abgestiegenen Heerführer Hindenburg, Ludendorff und Mackensen veranstaltet. Die Kundgebungen nahmen einen ungestörten Verlauf. Die Betriebsräte des Potsdamer Magistrats sind gestern vormittag beim Magistrat vorstellig geworden, daß, wenn die Fahnen auf den städtischen öffentlichen Gebäuden nicht in kurzer Zeit eingeholt würden, die Arbeiter der Stadt Potsdam in einen 24stündigen Generalstreik eintreten würden. Von Seiten des Magistrats wurde erklärt, daß die verstorbene Kaiserin sich besondere Verdienste um die Stadt Potsdam erworben habe.

## Einverständnis in der Festlegung der gesetzlichen Siebenstundenschicht im Ruhrbergbau.

Die letzte Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die Siebenstundenschicht im Bergbau. Die Unternehmer erklärten sich damit einverstanden, für den Ruhrkohlenbergbau die Siebenstundenschicht gesetzlich festzulegen. Der Forderung einer Siebenstundenschicht für alle Bergbauzweige und Bergbaubezirke wurde jedoch entgegengetreten. Die Arbeitsverhältnisse im Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbau sind von jenen des Steinkohlenbergbaues außerordentlich verschieden. Die Arbeiter dieser Bergbauzweige haben zum größten Teil bei weitem nicht den Durchschnitt der Schwierigkeiten zu überwinden, die dem Ruhrkohlenbergmann entgegenstehen. Mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage des Kali- und Erzbergbaues erscheint es unmöglich, eine schematische Arbeitsfestsetzung vorzunehmen. Teilweise wird auch ohne Widerstand der Bergarbeiterschaft in den genannten Bergbauzweigen länger als sieben Stunden gearbeitet. Von Seiten der Arbeitnehmervertreter wurde jedoch die Forderung des schematischen Siebenstundentages aufrechterhalten, obwohl sie anerkannten, daß im Bergbau grundlegende verschiedene Arbeitsverhältnisse vorliegen. Es wurde verlangt, daß die schwerwiegenden Bedenken der Bergbautreibenden der nicht westfälischen Bezirke noch eingehend geprüft werden.

## Aenderungen der Unfallversicherung.

Der Reichstag hat am 19. März d. J. ein Gesetz über Aenderungen in der Unfallversicherung verabschiedet. Es wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt verkündet werden. Die wesentlichsten Vorschriften des Gesetzes sind folgende:

1. Die sogenannte Drittelungsgrenze, d. h. die Grenze, bis zu welcher der Jahresarbeitsverdienst in der Unfallversicherung bei der Rentenberechnung und der Umlage voll angerechnet wird, ist von 1800 Mark auf 10 200 Mark erhöht worden.
2. Die Unternehmer können künftig ohne jede Beschränkung zur Unfallversicherung herangezogen werden.
3. Die Versicherungsgrenze für Betriebsbeamte, die Grenze, bis zu der in der See-Unfall-Versicherung der Jahresarbeitsverdienst gesetzlich berücksichtigt wird, und die Grenze für die Selbstversicherung der Unternehmer sind auf 40 000 Mark erhöht worden.
4. Die Vorschriften über die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung sind in veränderter Fassung wieder in Kraft gesetzt worden. Bis zur Neufestsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste sollen die zuletzt vor dem 1. August 1914 festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste unter einer Erhöhung um 500 v. H. der Rentenberechnung und der Umlage zugrunde gelegt werden.
5. In der See-Unfall-Versicherung sollen der Rentenberechnung und der Umlage künftig nicht monatliche Durchschnittsheuern, sondern Tariflöhne zugrunde gelegt werden.
6. Für das Jahr 1921 sollen den Empfängern von Unfallrenten, denen auf Grund der Verordnung vom 5. Mai 1920 Zulagen zustehen, diese Zulagen in doppeltem Betrag gewährt werden.
7. In Paragraph 106 der Reichsversicherungsordnung ist für den Mindestbeitrag zu einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ein einheitlicher Höchstbetrag von 20 Mark festgestellt worden.

## Eine neue Verschärfung im englischen Bergarbeiterstreik.

(W) Wie die Londoner Blätter melden, ist eine neue Komplikation im englischen Kohlenstreik eingetreten durch die Stellungnahme des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter von Südwales, daß die Pumparbeiten in den Bergwerken eingestellt werden sollen. Desgleichen fordern sie den Rücktritt Hodges. Wie verlautet, wird dieser auf einer Konferenz der Bergarbeiter am kommenden Freitag die Vertrauensfrage stellen. Die Berichte über die Beschlüsse, die in verschiedenen Bergwerksbezirken von den Vollzugsausschüssen gefaßt wurden, zeigen, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter auf eine Regelung der Lohnfrage durch einen finanziellen Ausgleich besteht.

Wie aus Hull gemeldet wird, ist die Kohlenmenge für die Fischdampfer auf ¼ eingeschränkt worden. Infolgedessen liegen 168 Fahrzeuge untätig in den Docks. Die Zahl nimmt ständig zu.

Die Bergwerksbesitzer haben gestern über den neuen Entwurf der zu machenden Vorschläge beraten. Die allgemeine Lage des Bergarbeiterstreiks hat sich nicht verändert. Die Arbeit wurde nirgends wieder aufgenommen. In verschiedenen Bezirken sind Notküchen eröffnet worden.

## Ausdehnung der antibolschewistischen Bewegung in Rußland.

„Daily Telegraph" wird geschrieben, daß sich die Aufstände innerhalb Räterußlands weiter ausdehnen. Ein besonders unruhiges Zentrum ist der Ural. Hier kämpfen die Bolschewisten gegeneinander. Trotzkianhänger haben Auseinandersetzungen mit Leninisten und hatten diese gezwungen, alle Verwaltungsämter aufzugeben. Die Sozialrevolutionäre haben hieraus Nutzen gezogen und die Hauptlinie der sibirischen Eisenbahn zerstört. Aufstände gegen die Sowjets ereigneten sich besonders in Perm, im Norden des Ural und in Ufa im Süden. Ein weiteres Zentrum der Unruhen ist Orenburg. Das große Gebiet zwischen der unteren Wolga und dem Don ist in der Hand Antonows, eines Räuberhauptmanns, dem sich zahlreiche über das Land verstreute Banden unterstellt haben. Er vermeidet den offenen Kampf, belästigt aber seine Gegner bei Tag und Nacht. Er hängt alle Kommunisten. Juden und Bürgerliche, die sich mit den Bolschewisten eingelassen haben, werden nackend gepeitscht. Der Einfluß Antonows scheint sich nach Norden zu vergrößern. Die Bauern verehren ihn, denn er läßt sie ungeschoren und verteilt an sie alle Nahrungsmittel, die er den Bolschewisten abgenommen hat.

## Weitere Nachrichten.

— **(800 Millionen Fehlbetrag im Fernsprechverkehr.)** Der Staatssekretär für das Fernsprechwesen, Bredow, teilte in einem Vortrage mit, daß der Fernsprechverkehr einen Fehlbetrag von 800 Millionen Mark jährlich aufweise. Als einzige Möglichkeit der Gesundung der wirtschaftlichen Lage des Fernsprechwesens bezeichnete Bredow die Abschaffung der Fernsprechpauschalgebühren und die Einführung eines neuen Systems.

— **Erzbischof Dr. Schulte in Köln** erläßt ebenso wie bereits andere kirchliche, evangelische und katholische, Würdenträger eine Kundgebung gegen die weltliche Schule, in der es heißt: Was will die weltliche Schule? Sie will eine Erziehung des Kindes ohne Glauben an Gottes Autorität, ohne Ueberzeugung von der Gottheit Jesu Christi, ohne Anerkennung der Wahrheit der katholischen Glaubenslehren, ohne Erziehung zur Treue zur katholischen Kirche, ohne Uebung des Gebetes, ohne Anleitung zum Besuche des Gottesdienstes, ohne Anleitung zum Empfange der hl. Sakramente. Damit ist alles, was dem katholischen Christen das Heiligste ist, aus der Bildung und Entstehung der Jugend herausgerissen. Das Kinderherz wird dann nicht mehr zu seinem Heilande Jesus Christus hingeführt; es wird getrennt von seiner Mutter, der katholischen Kirche. An Stelle dessen soll ein Weltanschauungs-Unterricht, ein Sittenunterricht treten, der in letzter Entwicklung atheistisch, gottlos ist und in den Stürmen des Lebens nicht standhält. Laßt Euch nicht irre machen durch den Namen „weltliche Schule". Der ist mit Absicht gewählt. Manchem wird vorgeredet, als sei die sogen. „weltliche" Schule geeigneter für die Aufgaben, die im weltlichen Berufe auf die Kinder warten. Nun weiß aber jeder, daß gerade die konfessionelle Schule, für die allein der Katholik eintritt, voll und ganz eingestellt ist auf tüchtige Vorbereitung zu den weltlichen Berufsaufgaben und zugleich auf Erziehung zu echt christlichem, wahrhaft religiös gefestigtem Charakter: diese Charakterbildung aber ist die beste Grundlage jedes erfolgreichen und segensreichen Wirkens auch im weltlichen Berufe. Laßt Euch nicht irre machen durch die Vorspiegelung, als könnte das Kind außerhalb der weltlichen Schule katholischen Religionsunterricht erhalten. Denn erstens ist es sehr fraglich, ob das möglich ist. Und zweitens sieht jeder klar vor Augen, daß dann die Schule niederreißt, was die Kirche aufbaut. Ein solches Durcheinander richtet nur Verwirrung in den kindlichen Köpfen an. Das gibt zuletzt charakterlose Menschen ohne Klarheit und ohne Halt. Durchaus ungesetzlich ist überdies das Streben, vor Erlaß des Reichsschulgesetzes weltliche Schulen gründen zu wollen: ein Beginnen, das der Reichsverfassung widerspricht.

— **(Abgelehntes Verlangen des Völkerbundsrats nach Aenderung der Danziger Verfassung.)** Der Rat des Völkerbundes hatte an den Danziger Senat eine Note gerichtet, in der er verschiedene Wünsche zwecks Abänderung der Danziger Verfassung übermittelte. Dazu hat der Volkstag gegen die Stimmen der Linken einschließlich der Polen mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien eine Entschließung angenommen, in der die Wünsche des Völkerbundsrats für unberechtigt erklärt werden. Das Schwergewicht der politischen Macht liege in Danzig beim Parlament, und jeder Versuch, die Verfassung in diesem Punkte zu ändern, würde gegenwärtig zu heftigen inneren Kämpfen und zu einer schweren Erschütterung des Staatswesens führen. Dem Völkerbundsrat könne das Recht, jederzeit an der Danziger Verfassung Aenderungen vorzunehmen, nicht eingeräumt werden, da die Danziger Verfassung bereits von ihm im November vorigen Jahres sanktioniert und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt worden sei.

— **(Frankreich gegen den Einfluß Wrangels.)** Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Paris veröffentlicht eine längere Note, die besagt, daß General Wrangel in Konstantinopel eine Art russische Regierung gebildet habe und die von ihm beseligten Truppen, die er aus der Krim geführt hat, zu behalten gedenke. Der General übt einen fortschreitenden Druck aus, damit sie sich den Maßnahmen, die Frankreich vorgeschrieben hat, widersetzen. Er klage Frankreich an, die Kosaken den Bolschewisten ausliefern zu wollen. Die Note erklärt, eine derartige Haltung sei unzulässig. Frankreich habe das Recht zu verlangen, daß die ungeheuren finanziellen Opfer, die es für die Evakuierten gebracht habe, besser gewürdigt werden. Die Note stellt ferner fest, daß die französische Regierung im Einverständnis mit den Alliierten immer die Ansicht vertreten habe, daß die Evakuierten keine Armee darstellen und daß sie nur provisorisch und aus reiner Menschlichkeit heraus Gastfreundschaft genehmen könnten. Die Existenz eines solchen Heeres auf türkischem Gebiet widerspreche dem internationalen Recht und sei gefährlich für den Frieden. Die Evakuierten müßten dem Einfluß Generals Wrangels entzogen werden. Frankreich, das seit 5 Monaten die Unterstützungen einstellte, sei im übrigen an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen.

— **(Heimkehr Gefangener aus Rußland.)** In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Genf sind durch die Deutsche Fürsorgestelle Moskau die in Ziskaukasien (Terek—Kuban—Don-Gebiet) befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen zum Heimtransport gesammelt worden, mit dem nunmehr von Noworossisk aus begonnen werden kann. Es sind schätzungsweise 15 000 Mann, darunter 2000 Reichsdeutsche. Als erstes Schiff trifft voraussichtlich der Dampfer „Wigbert" am 11. Mai in Noworossisk ein. Viele Briefe an Gefangene, die sich in Ziskaukasien befinden, werden durch den Dampfer „Wigbert" mitbefördert und sind bis zum 22. April an die „Dienststelle der Admiralität" in Hamburg mit der Aufschrift „für Dampfer Wigbet" unter genauer Adresse des betreffenden Gefangenen zu richten.

— **Die Aufgaben der Bürgerräte.** In der Jahreshauptversammlung des Dresdener Bürgerrates sprach der Präsident des Reichsbürgerrates, Staatsminister a. D. Exz. Löbell, über das Thema: Die gegenwärtige Lage und das Bürgertum. Die Ziele der Bürgerräte seien Pflichtgefühl gegen die Gesamtheit, großzügige Siedelungspolitik, Wirken in Wort und Schrift, damit die Welt sieht, daß uns durch den Schmachfrieden von Versailles Unrecht geschehen ist und Kampf gegen die gewaltige Weltlüge von der Schuld Deutschlands. Das Auswärtige Amt hat dem Reichsbürgerrat sämtliche in Frage kommenden Akten zur Verfügung gestellt. Der Vorsitzende des Dresdener Bürgerrats Justizrat Wetzlich, sprach sich gegen die internationalen Bestrebungen aus und meinte, daß die Liebe zur Menschheit bei der Liebe zum eigenen Volke anfangen müsse.

— **Die Bibel in 528 verschiedenen Sprachen.** Wie durch die Coutsteinsche Bibelanstalt in Halle bekannt wird, wurde die Bibel im Jahre 1920 in 9 weitere Sprachen übersetzt und gedruckt, sodaß die Bibel jetzt in 528 verschiedenen Sprachen vorliegt. Von den neuen Uebersetzungen sind zwei von Deutschen für das uns genommene Deutschostafrika geschenkt worden.

— **Hölz leitete,** wie jetzt bekannt wird, den Aufstand in Mitteldeutschland mit einem Stabe von sechs Adjutanten. In die Hände der Kriminalpolizei fiel ein Plan der militärischen Oberleitung gez. Max Hölz. Der Plan enthält einen Geheimbefehl an die Arbeiter Braunschweigs zur Aktion und zur Unterstützung der mitteldeutschen Aktion.

— **Steuerhinterziehungen in der Dresdener Zigarettenindustrie.** Die Vossische Zeitung meldet aus Dresden: Bei 40 Zigarettenfirmen wurden die Geschäftsbücher beschlagnahmt, da die Firmen im Verdacht stehen, Steuerhinterziehungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark begangen zu haben.

## Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

**Die Restbestände an amerikanischem Weizenmehl und Auslands-Butter werden ab Samstag, den 23. d. Mts., freihändig verkauft, falls bis dahin die zustehenden Rationen nicht abgeholt sind.**

1923

— **Grubenbrand.** Auf der Grube Cäsar bei Kochstedt brach nachts ein Grubenbrand aus, wodurch mehrere Stollen vergast wurden. Ein Teil der Belegschaft wurde an der Arbeitsstätte betäubt. Das sofort eingeleitete Rettungswerk wird durch das Versagen der Luftzufuhr sehr erschwert. Bisher wurden vier Tote geborgen. Wieviel Leute noch eingeschlossen sind, steht noch nicht fest.

— **Großfeuer in der Rostocker Eisenbahnwerkstätte.** Montag abend wurde die Eisenbahn- und Betriebswerkstätte in der Schwaner Landstraße von einem Großfeuer heimgesucht. Der Brand brach im Magazin aus, worin Oelvorräte und eine große Menge Material lagerten. Die Feuerwehr suchte sich darauf zu beschränken, die umliegenden Werkstätten zu schützen, da an ein Erhalten des Gebäudes nicht zu denken war. Die Entstehungsursache ist vermutlich in Selbstentzündung zu suchen. Die Arbeit in den Werkstätten wurde nicht eingestellt.

— **Ueber eine Million Mark für einen Hund.** In Groß-Gerau fand eine große Hundeschau statt, die zeigte, welches vorzügliche Geschäft ein geschickter Züchter reinrassiger Hunde heutzutage machen kann. Es wurde festgestellt, daß beispielsweise für den Sieger 1919 „Dolf vom Düsternbrook" von einem Amerikaner 18 000 Dollar gezahlt wurden; das sind nach unserem Gelde rund 1 080 000 Mark. Für erstklassige deutsche Schäferhunde werden 50 000 bis 60 000 Mark erzielt.

— **Stockung der Fischzufuhr aus Kohlenmangel.** Die Fischzufuhr, welche in den letzten Wochen ins Stocken geraten war, hat wieder zugenommen. In den letzten Wochen löschten 32 Fischdampfer 830 000 Pfund frischer Seefische am Altonaer Fettmarkt. Die Fischdampfer leiden nach wie vor unter ungenügender Kohlenzufuhr, so daß ein Teil der Dampfer nicht rechtzeitig zum Fang auslaufen konnte.

— **Ein Raubmord aufgeklärt.** Das schwere Verbrechen, das am 26. September 1920 in dem Hause Bülowstraße 31 in Berlin entdeckt worden war, wird jetzt nach der Verhaftung des Täters in Paris seine Sühne finden. In einer Privatwohnung in der Bülowstraße wurde, wie berichtet, die von ihrem Ehemann getrennt lebende „Schauspielerin" Erna Klemm ermordet und beraubt aufgefunden. Die Besichtigung der Leiche durch die Kriminalpolizei ergab, daß die Frau erwürgt worden war. Geraubt waren ein Brillantring im Werte von 10 000 Mark, den der Mörder seinem Opfer vom Finger gezogen hatte, sowie eine Anzahl kleinerer Schmuckstücke. Nach der ganzen Sachlage konnte als Mörder nur der Geliebte der Ermordeten in Betracht kommen. Dieser hatte Frau Klemm während des Krieges, als ihr Mann im Felde stand, in Hamburg kennen gelernt und sie dann nach Berlin begleitet. Er war ein elegant gekleideter junger Mann, der immer über reiche Geldmittel verfügt und seiner Geliebten auch den Brillantring geschenkt hatte. In dem Zimmer der Ermordeten fand man damals ein Bild dieses Mannes. Jetzt stellt der Erkennungsdienst der Kriminalpolizei fest, daß man es mit dem internationalen Taschendieb Lippmann Pomoczny aus Szerps bei Odessa zu tun hat. Infolge plötzlicher Erkrankung konnte Pomoczny zeitweilig seine Tätigkeit als Taschendieb nicht mehr ausüben und war gezwungen, aus der Tasche seiner Geliebten zu leben, die ihr Geld allerdings nicht auf einwandfreie Art erwarb. Infolgedessen kam es zu Streitigkeiten, die schließlich mit dem Raubmorde an Frau Klemm endeten. Sofort nach der Tat war Pomoczny, auf dessen Verhaftung eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt wurde, aus Berlin verschwunden, ohne daß eine Spur zu entdecken war. Trotz aller Vorsichtsmaßregeln hat den Verbrecher jetzt sein Schicksal erreicht. Die Berliner Kriminalpolizei hat aus Paris die Nachricht erhalten, daß Pomoczny dort bei einem Taschendiebstahl verhaftet worden ist. Die Auslieferungsverhandlungen sind bereits in die Wege geleitet, so daß der Verbrecher der Aburteilung nicht mehr entgehen kann.

— **Ein außerordentlich starker Schneesturm** zog über Mittelschweden. Der gesamte Telephon- und Telegraphenverkehr wurde unterbrochen. Stockholm ist ohne Verbindung mit Süd- und Westschweden und dem Auslande. Die Verwüstungen sind die größten seit Menschengedenken.

## Kleine Nachrichten.

Der Vorsitzende der VKPD. Brandler, ist auf Befehl des Staatsanwalts in seiner Wohnung verhaftet worden.

Der Ausschuß für das Siedlungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung mit der Beratung des Antrages Dr. v. Krause (D. V. P.), der in Abänderung der Geschäftsordnung die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für das ländliche Siedlungswesen, sowie für das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen verlangt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die National City Bank schätzt den Wert der amerikanischen Ausfuhr nach Deutschland für das Rechnungsjahr, das am 30. Juni 1921 abläuft, auf über 300 Millionen Dollar gegen 301 Millionen Dollars im Vorjahre. Im März hat Deutschland 105 000 Ballen Baumwolle aus Amerika bezogen gegenüber 44 000 Ballen, die nach England gingen.

Unverbindlich wird mitgeteilt, daß die französische Regierung die österreichische Regierung davon verständigt hat, daß der Oberste Rat auch von Deutsch-Oesterreich die Erhebung einer 50%igen Abgabe auf die deutsche Einfuhr verlangen werde.

Wie die P. P. N. hören, hat das preußische Finanzministerium dem Kabinett den Antrag unterbreitet, den bekannten Vertrag mit den Hohenzollern über die Vermögensauseinandersetzung vom Januar 1920 aufzuheben.

Nach einer Meldung aus Halle hat die Stadt Bernburg den Betrieb der elektrischen Straßenbahn wegen Unrentabilität vollständig eingestellt.

## Gottesdienst in der Synagoge.

Passahfest.

Freitag und Samstag abends ½7 Uhr
Samstag und Sonntag morgens 8 Uhr

## Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sagen wir allen, insbesonders Herrn Pastor Gerlach für die passenden, trostreichen Worte am Grabe sowie dem Frauenverein unsern

**herzlichsten Dank.**

1924 **Familie Kettler.**

---

**Viehdiebstahlsversicherung**

auf der Weide und im Stall einschließlich der Verluste durch Abschlachten und Blitzschlag, sowie

**Weideversicherung**

gegen Tod und notwendig werdendes Töten ebenfalls mit Einschluß der Blitzgefahr

**zu festen, billigen Prämien**

empfiehlt die **Perleberger Versicherungs-Aktien Gesellschaft,** Vertragsgesellschaft des Bundes der Landwirte (jetzt Reichslandbund). 1848

Nähere Auskunft hierüber sowie alle weiteren Möglichkeiten der Viehversicherung erteilt die **Perleberger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, General-Agentur, Dortmund, Kaiserstraße 31,** Telephon 7501 sowie Vertreter **H. Wiesmann, Overberge.**

---

**4 Morgen großer** 1926

# Kotten

Kreis Hamm, 20 Minuten von der Bahnstation,

**sofort beziehbar,**

zu verkaufen. (Rückporto.)

**Ferd. Greve & Co., G.m.b.H., Lünen.**

---

# Das beste Geschenk!

Große Auswahl in

**Romanen, Erzählungen und Dichtungen**

von:

| | |
|---|---|
| **Rudolf Herzog** | **Courths-Mahler** |
| **Walter Bloem** | **Anny Wothe** |
| **Ludwig Ganghofer** | **Klara Viebig** |
| **Ernst Kahn** | **Timper-Andersen** |

empfiehlt die Buchhandlung der

**Kamener Zeitung,**

**Kamen, Weststraße 10.**

---

Habe in meinem Hausgarten für immer

**Gift gelegt.** 1925

**Frau Nehring, Nordenmauer 6.**

---

**Anzeigen aller Art**

inseriert man erfolgreich in der

**Kamener Zeitung.**

---

**Zur Kirmes:**

**Ia. Weinbrand-Kognak, Ia. Kognak-Verschnitt, Zuckergesüßte Liköre, Weiß-, Rot- und Süß-Weine, Parfümerien etc.**

empfiehlt

**Willy Klinkmann,**

**Löwen-Drogerie und Parfümerie,** 1877

**Weststraße 1.**

---

**Prachtvolle feste**

**Büste**

für jede junge Dame in nur wenigen Tagen äußerlich garantiert unschädliche Anwendung. Auskunft frei, nur Rückmarke erwünscht. 1917

**Frau Kürschner, Hannover** Osterstraße 56.

---

**Pflanzen**

von

**Frühweißkohl, Kohlrabi, Salat**

etc. empfiehlt p1934

**Gärtnerei Westerich.**

---

**Prima**

**frische Fische**

empfiehlt billigst 1931

**Josef Kefenbaum, Nordstr. 35.**

---

**Möbel**

Neue und gebrauchte aller Art ständig auf Lager.

**F. Blume, Schillstr. 5.**

---

**Sommersprossen**

**braune, fleckige Haut, Leberflecke** verschwinden wie abgewaschen, auch Pickel und Mitesser. Auskunft frei, nur Rückmarke erwünscht. 1918

**„Roland" Heiligenstadt (Eichsfeld) Schließfach 9.**

---

**Metallbetten**

Stahldrahtmatr., Kinderbetten. Polster an Jedermann. Katal. f. Eisenmöbelfabrik. Suhl i. Thür.

---

**Brut-Eier**

schwarze, hochprämiierte Minorka, gibt ab 1915

**Bernhardt,**

Oberlandjäger,

**Overberge.**

---

**Glucke**

mit 10 Küken und

**junge Gänse**

zu verkaufen. 1937

**Unnaerstr. 157.**

---

Eine hochtragende

**Kuh**

zu verkaufen. 1916

Wo sagt die Geschst.

---

Ein gut erhaltener

**Rock**

(Cutaway) sofort billig zu verkaufen. 1872

**Bergkamen, Kirdorfstr. 11.** Kolonie Schönhausen.

---

Selbstgeschmiedete

**Grabeschüppen**

zu haben. 1863

**Friedrich Heckmann,** Nordstraße.

---

**Pianino**

preiswert zu verkaufen.

**Karl Ebel & Sohn,**

1772 **Unna.**

---

Krankheitshalber suche zum 1. Mai oder später einfache **Stütze,** durchaus erfahren in Haus und Küche für Geschäftshaus, welche d. Haushalt allein leiten kann. Morgenmädchen vorhanden.

**Frau W. Kühnholz, Holzwickede,** Manufakturwaren. Näheres bei 1879

Frau Kenert, Kamen, Lünenerstraße 100.

---

Zum 1. Mai tücht., nicht zu junges

**Mädchen**

auf halbe oder ganze Tage gesucht. 1890 **Markt 25.**

---

**Kl. Herren- od. Damenschreibtisch und Rauchtisch**

zu kaufen gesucht.

Offert. unter **1904** an die Exp. dieser Zeitung.

---

# Ca. 100 Küchen u. Schlafzimmer

*in nur guter Qualität äußerst preiswert auch bei geringer Anzahlung abzugeben*

*Möbelhaus W. Hagemeier jr.*

*Unna - Kamen.*

1771

---

**Wir empfehlen billigst:**

| | | |
|---|---|---|
| Ia. Margarine | Pfd. | 8.00 Mk. |
| Ia. helles Backöl | Liter | 11.50 Mk. |
| Ia. süßes Rübenkraut | Pfd. | 2.75 Mk. |
| Ia. Schmierseife | Pfd. | 3.75 Mk. |
| Ia. Kernseife Doppelst. | 3 u. | 2.50 Mk. |
| Ia. Käse | Pfd. | 12.75 Mk. |
| Ia. Kaffee, gebrannt | Pfd. | 20.00 Mk. |
| Ia. Schokolade, Tafel | von | 2.30 Mk. an. |

**Gebr. Sirringhaus,**

**Weststraße 4.** 1930 **Hammerstr. 194.**

---

# Saatkartoffeln

**frühe und späte Sorten** hat wieder vorrätig

**W. Neff, Bahnhofstr. 23,**

Telephon 122. 1907

---

**Speisekartoffeln**

**Industrie, gelbfleischige,**

hat wieder vorrätig 1921

**Engelbert Goselwitz**

**Oststraße 27. Telephon 149.**

---

**Café Conditorei Schneider**

Bahnhofstraße 34. — Telephon 279.
(Haltestelle der Straßenbahn Unna u. Werne)

Der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Angenehmer Aufenthalt. — Zum Ausschank gelangen nur erstklassige Weine und Liköre (Bols Liköre). Täglich Eis.

Bestellungen auf Torten und Eis werden zu allen Festlichkeiten prompt und pünktlich ausgeführt.

---



**Donnerstag und Freitag früh eintreffend blutfrische**

# Seefische

wie

**Bratschellfisch Schellfisch, dicken Seelachs, dicken Kabeljau**

und empfiehlt 1922

**Engelbert Goselwitz**

**Oststraße 27. Telephon 149.**

---

**Kleeverkauf Weddinghofen.**

**Freitag, den 22. ds. Mts.,** nachm. 4 Uhr, läßt Herr Landwirt Ostendorf in der vordersten Heide, in der Nähe von Schulze-Braucks, um 6 Uhr in der großen Heide in der Nähe der Wirtschaft Voß einen guten

**Kleewuchs**

nummerweise, meistbietend verkaufen. 1928

Töddinghausen, den 20. April 1921.

**Blödorn.**

---

## Weitere Nachrichten.

— **Bund kinderreicher Familien.** Zur Vertretung gemeinsamer Interessen hatten sich an vielen Orten „Bünde der Kinderreichen" gebildet, die sich jetzt zu einem Gesamtverbande der Bünde der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familien zusammengeschlossen haben. Der Verband hat seinen Sitz in Köln. Er hat jetzt einen Antrag beim Reichstag eingereicht, die steuerfreien Einkommensteile für kinderreiche Familien zu erhöhen.

— **Studenten als Handlanger.** Nach einer Mitteilung im Innungsamte der Stadt Halle hat ein Hallescher Bauunternehmer, ein Zeichen der Not der Zeit, 40 Studenten als Handlanger beschäftigt. Bei allen Handwerksmeistern laufen [illegible] suche um Beschäftigung von Studenten ein.

— **350jähriges Jubiläum der Stadt Angerburg.** Das ostpreußische Städtchen Angerburg konnte den Tag ihres 350jährigen Bestehens als Stadt feiern. Der damalige Ordenshochmeister Caspar v. Lehndorff verlieh vor 350 Jahren der um die Burg Angerburg gelagerten Siedelung Stadtrechte. Die Siedelung besteht urkundlich bereits seit dem Jahre 1912. Im Sommer soll anläßlich des 350jährigen Jubiläums der Stadt eine besondere Feier stattfinden.

— **Gegen die Wohnungsnot.** Die städtische Körperschaft in Gotha beschloß die Gründung einer Baugesellschaft, welche für 12 Millionen Mark 400 neue Wohnungen bauen wird. Der thüringische Staat gibt dazu 1 600 000 Mark Darlehen. Den größten Teil der Summe gibt die thüringische und vor allem die gothaische Großindustrie.

— **Zuchthaus für einen Kapital-„Schieber".** Vom Landgericht in Leipzig wurde der 25 Jahre alte Koch Auerswald aus Bad Blankenburg in Thüringen wegen Vergehens gegen das Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 8. Sept. 1919 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Auerswald hatte unter dem Vorgeben, Kapitalien nach der Schweiz bringen zu wollen, mehrere Personen um Wertpapiere und Geldbeträge im Betrage von mehreren Hunderttausend Mark betrogen.

— **Großer Gelddiebstahl.** In der Nacht stahlen Einbrecher aus den Räumen der interalliierten Kommission in der Budapester Straße in Berlin einen Geldschrank mit 30 000 Mark deutschen Geldes.

## Die Verbreitung schädlicher Pflanzen und Tiere

geschieht vielfach, wenn auch unfreiwillig, durch Menschen selbst. Ein bemerkenswertes Beispiel bietet die sogenannte Wasserpest, deren Vorkommen zuerst 1863 in Irland festgestellt und die wahrscheinlich von einem Schiffe aus Nordamerika, ihrer Heimat, zu uns verschleppt worden ist. Bald zeigte sie sich auch in Deutschland und vermehrte sich in unglaublich kurzer Zeit derart, daß sie alle Tümpel und Kanäle erfüllte und jeder Möglichkeit der Vertilgung spottete. Da sie in Deutschland am frühesten in der Nähe einiger Universitätsstädte erschien, so ist sie möglicherweise in den botanischen Gärten der betreffenden Hochschulen gezüchtet worden und hat von diesen aus ihre Wanderung durch das Reich angetreten. Beispiele unfreiwilliger Verbreitung von Tieren bieten u. a. der Coloradokäfer und die Wanderratte. Der Colorado- (Kartoffel-) Käfer lebte ursprünglich im Felsengebirge Nordamerikas, wo wildwachsende Nachtschattengewächse seine Nahrung bildeten. Als mit der fortschreitenden Kultur die Kartoffel in seine Nähe rückte, machte er sich an sie und vermehrte sich bald ins Unglaubliche. Immer fressend und sich fortpflanzend wanderte er weiter, überschritt 1865 den Mississippi, gelangte auf schwimmenden Blättern, Treibholz usw. über den Eriesee und erreichte bald die Staaten der atlantischen Küste. Irgendein Schiff brachte ihn mit seinen Waren nach Europa, so daß bereits 1877 sein Auftreten in Deutschland (bei Torgau sowohl als Mülheim am Rhein) konstatiert wurde. Zum Glück hat er sich bei uns — wahrscheinlich aus klimatischen Gründen — nicht einbürgern können. Auch die gefräßige und lästige Wanderratte verdankt ihre Verbreitung in erster Linie dem Schiffsverkehr.

## O Academia!

Von 1800 festangestellten akademisch gebildeten Lehrern in Berlin sind 1000 auf Nebenerwerb angewiesen, auf Zuschuß von Angehörigen 500; bei 150 müssen die Kinder mitverdienen. 909 haben Schulden machen müssen, 1000 ihre Möbel und andere Vermögenswerte verkauft. 200 konnten aus Schwäche, hervorgerufen durch Unterernährung, keine Nebenarbeit leisten, weitere 200 liegen infolge von Unterernährung krank.

O alte Burschenherrlichkeit,
Wohin bist du geschwunden?
Falls ihr noch nicht verhungert [illegible],
So nützt die nächt'gen Stunden [illegible].
Wer sich nichts nebenbei erwirbt,
Hat einen Ausweg nur: Er stirbt.
O jerum, jerum, jerum,
Tagtäglich kommen mehr um.

Als Nachtportier steht der im Lohn;
Für seiner Kinder Wenge
Drent jener nachts am Telephon,
Und der macht Botengänge.
Im Kino nur den Tasten rauft,
Wer längst Klavier und Bett verkauft.
O jerum, jerum, jerum,
Hier fehlt ein Hungerserum.

Der Bettler nennt sich arm? Er irrt
Und mag in euer Haus seh'n!
Der nächste Hungeraufstand wird
Von den Studierten ausgeh'n.
O Bursch, des Daseins ganz zermorscht,
Sei klug, mach's wie der Handwerksbursch!
O jerum, jerum, jerum,
Wann hängst du das Gewehr um?

Gottlieb (im Tag).

* * *

**„Ueber Land und Meer",** das nun schon seit bald zwei Jahren in verkleinertem, handlichem Format und moderner Ausstattung erscheint, hat sich auch in veränderten Gewande seine alten Freunde erhalten und viele neue dazu gewonnen. Die Zeitschrift bestrebt sich, trotz der erschwerenden Zeitumstände, ihr Niveau dauernd auf gleicher Höhe zu halten und, entsprechend ihrem Charakter als Familienblatt, Anregendes und Neues in vielfach wechselnden Formen zu bieten. — Ehe der treffend gestaltete Zeitroman Sophie Hoechstetters: Lida Hüttenrauchs Wiederkehr jetzt neu beginnt, schiebt sich die reizende, gemütvolle Lebensstudie von Hans Franck: Hans Huwelmann ein. Daneben läuft der außergewöhnlich spannende Roman „Die Herzogin", eine rechtsrheinische Erzählung von Liesbet Dill weiter. Jede Nummer bringt außerdem neben einer abgeschlossenen Novelle unterhaltsame und belehrende Plaudereien, wichtige Neu-Erfindungen aus den Gebieten der Technik und praktischen Chemie, Ueberblicke über wissenschaftliche und künstlerische Ereignisse des In- und Auslandes, Regelmäßige Nachrichten über Neuheiten aus den Gebieten der Mode und Haushaltung dienen speziell den Frauen zur Information. Aufsätze über Reisen und Verkehr, landwirtschaftliche Probleme, Theaterberichte passen sich neben unterhaltenden Aufsätzen zum Kopfzerbrechen den verschiedensten Neigungen der Leser an. Durch hochbezahlte Preisrätselschläge, die alle Interessen des häuslichen Lebens zu berühren bestrebt sind und an deren Erteilung jeder mitwirken kann, ist eine feste Verbindung zwischen Lesern und Schriftleitung geschaffen, die die beste Gelegenheit gibt, zahlreichen Wünschen entgegenzukommen. So ist es denn auch gelungen, „Ueber Land und Meer" zu einem wirklichen Freunde des ganzen Familienkreises auszugestalten. Der Preis der alle acht Tage erscheinenden und reich mit Bildern geschmückten Zeitschrift, Mark 12 vierteljährlich, ist dabei erstaunlich gering. (Abonnement bei jeder Buchhandlung oder Postanstalt. Probenummer versendet auf Wunsch postfrei die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.)

---

**Briefkasten.**

**M. K. 99b in Kamen.** Es können nur Angehörige des betr. Glaubens Aufnahme finden.

**H. W. D. H.** In den überwiegend evangelischen Gegenden ist der Karfreitag ein gesetzlicher Feiertag.

**W. R. in Methler.** Sie fragen: Hat jeder die Befugnis, öffentlich wissenschaftliche Vorträge zu halten, oder bedarf er der behördlichen Genehmigung? Wenn ja, welche Steuer hat er zu zahlen, und wie wird sie eingezogen? — Gar kein übler Gedanke, das Reden zu besteuern. Es wird leider viel zu viel geredet und unsere verehrten Vertreter im Reichs- und Landtage gehen uns mit gutem Beispiele voran. Aber vorläufig besteht volle Redefreiheit und auch das Halten von Vorträgen unterliegt keiner behördlichen Kontrolle und ist von keiner behördlichen Erlaubnis abhängig.

**M. K. in Overberge.** Katholische Männerklöster befinden sich u. a. in Maria Laach (Rhld.), Mariaberg i. Westf. und Metten in Bayern.